

Juli August 2008

Nr. 7 / 2008

## Soziale Unternehmensverantwortung auf dem Prüfstein: ein Augenschein in den Kohlenminen von Glencore und Xstrata in Kolumbien

Von Lisa Huber und Stephan Suhner

*Glencore hatte am Public Eye 2008 in Davos den Swiss Award für unverantwortliches Unternehmensverhalten gewonnen. In den darauf folgenden Gesprächen machte Glencore an die Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien das Angebot, die Geschäftstätigkeiten in Kolumbien direkt zu besichtigen. Bei Cerrejón (Mitbeteiligung Xstrata) kam im Februar ein Bericht einer unabhängigen Expertenkommission heraus, die sich mit dem sozialen Engagement Cerrejóns und u.a. auch mit der Umsiedlungsproblematik befasste. Anfang April veröffentlichte Carbones del Cerrejón ihre Antwort auf die Expertenempfehlungen. Zwei wichtige Motive für die ask, vor Ort wieder einen Augenschein zu nehmen.*

Unsere Reise zu den Kohlebergwerken mit Schweizer Beteiligung führt uns als Erstes nach Riohacha. Die Ankunft in der Hauptstadt von Kolumbiens nördlichem Departement La Guajira, das im Osten an Venezuela grenzt, ist ernüchternd: Die sanierungsbedürftigen Strassen sind vom tagelangen Regen überflutet und auch die nur notdürftig zusammen geschusterten Wellblechdächer schützen die Bewohner kaum vor dem oft sintflutartigen Nass. Noch augenfälliger wird die Mittellosigkeit, als wir am Sitz der lokalen Regierung vorbei fahren und später einen Einblick in die Büros ihrer Angestellten bekommen: Das Gebäude selbst ist heruntergekommen, mit fensterlosen Arbeitsräumen – Computer oder sonstige moderne Hilfsmittel sind nur sehr spärlich vorhanden. Es ist augenfällig, dass die Reichtümer, welche das im Departement operierende Kohlebergwerk *El Cerrejón* aus dem Boden holt – im vergangenen Jahr wurde im Wert von 1'500 Mio \$ exportiert - nicht bis zu den Einwohnern gelangt. Bleibt nur die Frage, was mit den 53 Mio \$ Royalties<sup>1</sup>, die das

Kohlebergwerk nach eigenen Angaben 2007 an das Departement bezahlt hat, geschieht – und dafür gibt es in der Guajira so viele Erklärungen wie Ansprechpersonen.

Der Gouverneur ist zum Zeitpunkt unseres Besuches leider nicht abkömmlich, darum treffen wir uns mit seinem Sekretär, quasi seiner rechten Hand, zu einem Arbeitsessen. Für die Gewerkschaft SINTRACARBON ist es das erste Treffen dieser Art, das heisst auf diesem Regierungsniveau. Der Sekretär ist leider kaum vertraut mit der Umsiedlungsproblematik in seinem Departement, die Firma *El Cerrejón* kennt er jedoch sehr wohl.

In der Hoffnung, mehr über die Position der lokalen Behörden in dieser Sache zu erfahren, fragen wir später bei Cesar, dem Vorsteher des Sozialdepartements, nach. Doch auch dieser scheint zum ersten Mal von den umzusiedelnden Dörfern zu hören, obwohl er nichts unversucht lässt, um uns seine Sympathie für unser Unterfangen auszusprechen. Gegen

---

den Steuern *regalías* bezahlen. Diese berechnen sich meist als bestimmter Prozentsatz der mit der Abbaukonzession am natürlichen Eigentum erzielten Umsatzes. *El Cerrejón* hat im Jahr 2007 nach eigenen Angaben 126 Mio \$ *regalías* bezahlt, davon 42% ans Departement.

---

<sup>1</sup> Als Entgelt für den Abbau eines natürlichen Rohstoffes wie Kohle muss der Konzern dem Staat, auf dessen Boden er operiert, zusätzlich zu

Schluss des Gespräches kommt plötzlich Bewegung in die Sache: Cesar hat per Telefon erfahren, dass die Departementsversammlung zwei Tage später den Entwicklungsplan<sup>2</sup> verabschiedet wird – es bleibt just noch Zeit, die umzusiedelnden Gemeinschaften zur Aufnahme in den Plan vorzuschlagen. Einer der Abgeordneten, Ariel López, ist Gewerkschafter von SINTRACARBON und glücklicherweise gerade in der Gegend. Er nimmt uns mit in die Departementsversammlung, damit wir unser Anliegen vorbringen können. Bei unserem Eintreffen haben jedoch einzig ein paar Schaulustige in den Zuschauerreihen Platz genommen, von den Abgeordneten ist weit und breit nichts zu sehen. Eine Stunde später hat sich daran noch nichts geändert, so dass wir schliesslich etwas entmutigt von dannen ziehen.

### Zwiespältiges Bild in den Gemeinschaften

Nach unseren nur begrenzt aufschlussreichen Visiten bei den Departementsbehörden, reisen wir am nächsten Tag in die vom Bergbau betroffenen Gemeinschaften. Tamaquitos, unser erstes Ziel, ist ein von Wayúu-Indigenen bewohntes Dorf, das nicht im direkten Expansionsgebiet der Mine liegt, trotzdem aber auf einer Umsiedlung besteht. Nach der nunmehr sieben Jahre zurückliegenden Räumung des afrokolumbianischen Dorfes Tabaco und der Verschiebung von wichtigen Verkehrswegen – beides im Rahmen der Expansion der *El Cerrejón* Mine – sehen sich die Bewohner von Tamaquitos weitgehend isoliert. Zurzeit besitzt die Gemeinschaft rund 10 Hektaren, das Minenmanagement ist in seiner Grosszügigkeit bereit, ihnen ein Stück Land von 160 Hektaren zur Verfügung zu stellen.

<sup>2</sup> Die *Asamblea Departamental* (Departementsversammlung) verabschiedet regelmässig einen *Plan de Desarrollo* (Entwicklungsplan), dessen Umsetzung zu einem grossen Teil von den *regalías* finanziert wird. Projekte, die nicht in den Entwicklungsplan aufgenommen werden, haben nur wenige Chancen, zu ihrer Finanzierung von Gemeindegeldern profitieren zu können.

Da die Gemeinschaft ihr Fortbestehen sichern und ein Reservat gründen will, fordert Tamaquitos aber mindestens 501 Hektaren. Die Rechtfertigung dieses Wunsches ist in der Gründungsgeschichte Tamaquitos zu suchen: Die Bewohner haben nämlich vor Aufnahme der Minenoperationen in der Gegend auf Bauernhöfen in der Umgebung gearbeitet. Mit der Zeit mussten diese Höfe aber der Mine weichen, womit den Indigenen ein Grossteil ihrer Lebensgrundlage entzogen wurde. Auf ihrem zukünftigen Land wollen sie selber Landwirtschaft betreiben und zu einer produktiven Gemeinschaft werden. Eine weitere Bestätigung für ihre Forderung erhält Tamaquitos vom Innenministerium: Für die Bildung eines Indigenenreservates im Umfang des aktuellen Tamaquitos – die Gemeinschaft zählt zurzeit gut 40 Familien – können bis zu 1000 Hektaren Land berechnet werden. Die Forderung der Bewohner Tamaquitos ist also keineswegs überzogen. Ein Landstück, das ihren Forderungen entspricht hat die Gemeinschaft schon gefunden, der Minenkonzern konnte sich bisher aber noch zu keiner Entscheidung durchringen.



Ein weiterer Streitpunkt ist die finanzielle Entschädigung, auf welcher Tamaquitos beharrt, weil die Anwesenheit der Mine ihnen ihre Lebensgrundlage entzieht. Die Mine aber verweigert ihnen die Auszahlung einer monetären Entschädigung. Nach Aussagen der Bewohner hätten Vertreter der Mine ihnen gegenüber erwähnt, dass Indigene das Geld sowieso innert kürzester Zeit versaufen würden. Aussagen wie diese lassen zu gutem Recht Zweifel am guten Willen der Firma aufkommen.

Patilla und Chancleta, zwei afrokolumbianische Dörfer, die als nächstes auf unserem Tagesplan stehen, weil sie im direkten Expansionsgebiet der Mine liegen, gleichen einem Geisterdorf. Die Ermüdung und Hoffnungslosigkeit der Anwesenden der Gemeindeversammlung, die aufgrund unseres Besuches einberufen wurde, ist deutlich spürbar. Das jahrelange Abwarten hat tief am sozialen Gewebe genagt: Gemeinsame Forderungen oder gar Rufe nach einem einheitlichen Verhandlungstisch zusammen mit den anderen umzusiedelnden Gemeinschaften, sind hier weniger deutlich auszumachen als kurz zuvor unter der Bevölkerung von Tamaquitos. Im harzig voranschreitenden Gespräch scheint es lange, als ob die Umsiedlung kein Thema mehr wäre für die Bewohner dieser beiden Dörfer. Skeptisch sehen sie den Resultaten der von der Firma bezahlten Schätzungen ihrer Besitztümer entgegen, welche die Verhandlungsbasis für die Entschädigungen sein wird.



Doch es gibt noch weitere Quellen der Besorgnis: Einerseits die Zunahme von Lungenkrankheiten, welche die Anwohner in erster Linie dem in der Luft schwebenden Kohlestaub zuschreiben und andererseits die hohe Arbeitslosigkeit. Sie bitten uns, das Minenmanagement bei unserem Treffen am darauf folgenden Tag auf diese Themen anzusprechen: Die Bewohner verlangen, dass sich die Mine verantwortlich zeigt für die Zunahme von Krankheitsfällen und, dass sie mehr junge Bewohner der umliegenden Dörfern einstellt. Wir nehmen diese Forderungen auf, sprechen sie jedoch

abermals auf den einheitlichen Verhandlungstisch an. Abermals ernten wir betretenes Schweigen. Doch auf unseren Vorschlag hin, die eben erwähnten Problempunkte, welche über die Umsiedlung hinaus gehen, mit in den Verhandlungskatalog aufzunehmen, gewinnt diese Option sichtlich an Wohlwollen ihrerseits. Trotzdem, der Optimismus hält sich in Grenzen, denn ein gemeinsamer Verhandlungstisch heisst für sie nochmals länger warten – und Warten tun sie nun schon seit bald zehn Jahren.

### **Optimismus auf Unternehmensseite**

Um unser Bild der Situation vor Ort abzurunden, treffen wir uns tags darauf mit einem Teil des Minenmanagements. Anwesend sind der Manager für soziale Verantwortung und der Verantwortliche für Umsiedlungen sowie die Zuständigen für Öffentlichkeitsarbeit. Schon beim ersten Traktandenpunkt sind wir uns weitgehend uneinig: Das Programm. Die Mine hat von unseren Besuchen bei den Gemeinschaften tags zuvor erfahren – ein in keiner Weise geheimer Fakt – worauf sie es ablehnt, nochmals mit uns zusammen die betroffenen Dörfer zu besuchen. In diesem Punkt bleibt die Mine unnachgiebig, schon ganz am Anfang wird uns also klar gemacht: Das Programm bestimmen sie und wir haben nichts daran zu rütteln. Immerhin haben sie vor, mit uns zusammen das neue Landstück der in der Umsiedlung am weitesten fortgeschrittenen Gemeinde Roche zu besuchen und gegebenenfalls sogar mit Vertretern der Gemeinschaft zu sprechen.

Bevor wir aber zu den für uns interessanten Treffen übergehen, müssen wir noch eine ausführliche Powerpointpräsentation über uns ergehen lassen – lauter Zahlen und Kurven, die uns mittlerweile weder überraschen noch beeindrucken. Wir zweifeln die präsentierten Erfolgszahlen im sozialen Bereich nicht grundsätzlich an, was auf diesen Folien erscheint, ist für uns aber nur schwer überprüfbar. Darum drängt es uns, mit direkt Betroffenen zu sprechen – zum allerersten Mal im Beisein eines Teils des Minenmanagements. Dazu kommt es rascher als erwartet: Zum Treffen mit den Gewerkschaftsvertretern, das als nächstes auf dem Programm steht, erbittet

unvorhergesehenerweise auch Eder, der Gemeinschaftsführer von Patilla, Einlass. Die Anwesenden demonstrieren ihren guten Willen, heissen den Überraschungsgast willkommen und scheinen sehr erpicht darauf, seine Meinung zum bisherigen Prozess zu hören. Nach dem Vortrag der Gewerkschaftsvertreter kommt er dann auch sogleich zu Wort und antwortet in versöhnlichem Ton, dass Fortschritte für ihn klar ersichtlich seien und man sich auf gutem Weg befände. Uns ist bewusst, dass Vertreter der Betroffenen sich uns gegenüber anders – kämpferischer, unzufriedener – verhalten, als wenn sie direkt vom Minenmanagement angesprochen werden. Aus Eders Reaktion spricht aber trotzdem ein gewisser Respekt, um nicht zu sagen Angst, was klar macht, dass sich die Verhandlungspartner keineswegs auf derselben Machtebene befinden.

Eine unserer brennendsten Fragen gilt dem gemeinsamen Verhandlungstisch, der von Tamaquitos aktiv gefordert und von den anderen Gemeinschaften grundsätzlich unterstützt wird. Das Firmenmanagement lehnt diesen jedoch überraschenderweise vehement und diskussionslos ab: Ein solcher sei kontraproduktiv, weil nicht alle Gemeinschaften gleich fortgeschritten seien in den von der Mine definierten Umsiedlungsphasen. Diskutieren lasse sich höchstens über einen einheitlichen «Informationstisch», der Transparenz zuliebe. So bleibt die Forderung nach einem einheitlichen Verhandlungstisch nach unserem Treffen als eines der noch ungelösten Probleme bestehen.

Als nächstes steht ein Treffen mit ExponentInnen der ein Jahr zuvor gegründeten *Red de Tabaco* auf dem Programm. Die *Red* ist das Ziehkind von *El Cerrejón* und umschliesst rund 160 Familien, die zum Teil aus dem ehemaligen Tabaco stammen und sich im Laufe der Zeit gegen eine kollektive Umsiedlung im Sinne des Umsiedlungskomitees von Tabaco (*Comité por la Reubicación de Tabaco*) entschieden haben. Pikantes Detail: Fast die Hälfte der Anwesenden hat nie in Tabaco gewohnt, sind also reine Nutzniesser des Wunsches

von *El Cerrejón*, so viele Leute wie möglich in der *Red* zu vereinen. Die Aussagen tönen etwas einstudiert, oft hören wir Wörter und Formulierungen wie wir sie kurz zuvor aus dem Mund des Managements gehört haben. Auf jeden Fall scheint die Firma einigen jungen Leuten ein Studium zu finanzieren und vergibt sowas wie Mikrokredite an Leute, die etwas Eigenes aufbauen wollen. Ehrenwertes Ziel der *Red* ist die finanzielle Unabhängigkeit der ihr Zugehörigen. Die wirkliche Überraschung kommt erst zum Schluss, als wir auf die für uns selbstverständliche Umsiedlung Tabacos zu sprechen kommen: Laut den anwesenden Vertretern der Firmen steht diese überhaupt nicht zur Diskussion, dafür sei die Gemeinde verantwortlich. Der Wortlaut im Bericht des eingangs erwähnten Panels lässt diesbezüglich verschiedene Schlüsse zu – das merken wir spätestens jetzt.

Nach einem kurzen Vortrag im Freien über *El Cerrejóns* Bemühungen der Nachhaltigkeit im Umweltbereich gerecht zu werden, runden wir den Tag mit einem Besuch in Roche ab. Der Weiler mass vor der Umsiedlung rund 13 Hektaren, das neue Grundstück misst das Doppelte – Das Management ist sichtlich stolz auf seine grosszügige Geste. Darum wollen wir von Joe Arregoces, dem Sprecher der Gemeinde, als erstes wissen, wie er den Prozessverlauf sieht. Überraschenderweise lässt er ziemlich scharfe Töne hören: Nur 16 Familien seien laut der Mine umsiedlungsberechtigt, seines Erachtens zählte Roche aber vor der Ankunft der Mine mindestens doppelt so viele Familien. Diese ungleichen Schätzungen rühren einerseits daher, dass zwei Zählungen vorgenommen wurden: Eine 1998, und der wechselnden Besitzverhältnisse der Mine wegen vier Jahre danach ein zweites Mal. Es ist offensichtlich, dass in dieser «verlorenen» Zeitspanne etliche Familien weggezogen sind, weil ihnen schon von Anfang an klar war, dass die Expansionspläne der Mine ein schleichendes Todesurteil für die umliegenden Dörfer bedeutete. Spätestens nach der brutalen Enteignung Tabacos werden sich viele Familien für einen frühzeitigen Wegzug entschlossen haben, um zu retten, was noch zu retten war. Andererseits gibt es da noch das Phänomen des *nomadismo*: Viele Leute sind in die Stadt gegangen, um Arbeit zu suchen, nachdem sie ihr

Land an die Mine verloren hatten oder diese Befürchtung zumindest greifbar in der Luft lag. Da in beiden Fällen die ehemaligen Bewohner das Dorf nicht aus freien Stücken, sondern aufgrund der Befürchtung einer unfairen Enteignung, verlassen haben, sollten laut Joe auch diese Familien entschädigt und nach Wunsch ins neue Roche umgesiedelt werden.



Der Sprecher von Roche konnte seine Ausführungen kaum zu Ende bringen, denn auf einmal wurde er recht unsaft vom Minenmanagement korrigiert, um nicht zu sagen zum Schweigen gebracht: Man dürfe nicht immer nur von der Vergangenheit sprechen, in die Zukunft müsse man blicken! Wie man in diesem Kontext jedoch gerechte Zählungen ausführen kann, ohne bestimmte Entwicklungen in der Vergangenheit in Betracht zu ziehen, ist uns schleierhaft. Allerdings scheint das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen zu sein: Ein Treffen zwischen dem Firmenkoordinator von Roche und dem Aktionskomitee der Gemeinschaft (*Junta de Acción Comunal*) ist in näherer Zukunft geplant, um die Kriterien für die Umsiedlungsberechtigten zusammen zu definieren. Das Treffen endet damit, dass der Zuständige für soziale Verantwortung uns klar macht, dass sie die ominösen Weltbankkriterien für Umsiedlungen 1:1 umsetzen würden, es jedoch keinesfalls zu einem gemeinsamen Verhandlungstisch kommen werde.

Von unserem Zusammenkommen mit dem Minenmanagement werden wir später nicht nur das Gesagte, sondern das teilweise fast aufschlussreichere Nicht-Gesagte sowie die

Gestik der in den verschiedenen Treffen Anwesenden zu deuten versuchen. In einem ersten Schritt rechnen wir es der Firma hoch an, dass sie sich einen Tag für uns Zeit nahm, um die meisten von uns angesprochenen Themen ausführlich zu diskutieren. Ein schaler Nachgeschmack hinterlassen aber insbesondere das deutlich vorhandene Machtgefälle zwischen den Verhandlungspartnern, sowie die nur begrenzte Bereitschaft des Minenmanagements, relevante Informationen mit den Gemeinschaften zu teilen. Diese Umstände führen zu einem Mangel an Verhandlungstransparenz und erklären das gegenseitige fehlende Vertrauen.

### **Aufgestaute Wut in La Jagua de Ibirico**

Am 1. Mai treffen wir in La Jagua de Ibirico ein, Mitten in den Feierlichkeiten zum Tag der Arbeit. Unsere Ankunft war angekündigt worden, so dass wir unzählige Hände schütteln und Dankesvoten entgegen nehmen dürfen. Das eiskalte, reichlich spendierte Bier versöhnt mich etwas mit der brütenden Hitze. Nach dem Mittagessen werden wir zusammen mit einer Gewerkschaftsdelegation vom neuen Bürgermeister empfangen, der uns während fast vier Stunden einen faszinierenden, aber auch besorgniserregenden Bericht zur Lage seines Dorfes vorträgt. Alfonso Palacios ist ein sogenannter *alcalde popular*, d.h. soziale Organisationen haben ihn als Kandidaten portiert. Getragen von einer breiten Sympathiewelle wurde er im Herbst letzten Jahres deutlich gewählt. Er tritt ein sehr schweres Erbe an: La Jagua könnte dank den Royalties der Kohlenminen von Glencore und Drummond eines der reichsten Dörfer Kolumbiens sein. Korruption, Missmanagement und der Einfluss illegaler bewaffneter Akteure auf die lokale Verwaltung führten jedoch dazu, dass wir uns in einem Dorf ohne Wasser und mit defizitärer Stromversorgung befinden, wo die Armut zwölfjährige Mädchen in die Prostitution treibt und die Hoffungslosigkeit sich jederzeit in gewalttätigen Protesten zu entladen droht.

Alfonso Palacios hatte in vier Jahren sechs Amtsvorgänger: vier sind wegen Verbrechen in Haft, zwei sind auf der Flucht. Alfonso gilt als integer, und er hat viele der Machenschaften in seiner Region angeklagt. In den Prozessen wegen Para-Politik ist er einer der wichtigsten

Zeugen. Dies alles hat aber seinen Preis: Alfonso erhält enorm viele Drohungen, lebt stark bewacht mit eingeschränkter Bewegungsfreiheit, und hat schon mehrere Attentate überlebt. Er hat aber auch Erfolg: die Paramilitärs sind aus der Öffentlichkeit verschwunden, die Armee und die Polizei haben der Zusammenarbeit mit diesen Mörderbanden abgeschworen und garantieren wieder Ruhe und Ordnung im Dorf. Alfonso versucht, die marode Gemeindeverwaltung wieder auf Vordermann zu bringen, für die Leute zu regieren und Projekte zu realisieren, die die dringendsten Probleme der Bevölkerung lösen. Dazu muss er aber zuerst die Gelder frei kriegen, die von der Zentralregierung wegen der grassierenden Korruption gesperrt wurden. Millionen von Dollars liegen auf einem Konto und warten darauf, sinnvoll investiert zu werden.

Alfonso traut man zu, dass er die Sache in den Griff kriegt. Er war früher Direktor der Stiftung von Carbones del Caribe, einem Minenunternehmen, das 2005 von Glencore gekauft wurde. Auf seine damalige Arbeit ist er stolz: mit dem Geld, das er vom Minenunternehmen für soziale Investitionen erhielt, investierte er in landwirtschaftliche Modellbetriebe und in die ländliche Entwicklung. Durch die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen, staatlichen Stellen und weiteren Geldgebern konnte er Projekte mit einer gewissen Breitenwirkung durchführen. Von Glencore, bei der er nach kurzer Zeit frustriert kündigte, weiss er wenig Gutes zu berichten. Glencore komme ihren sozialen Verpflichtungen nicht nach: mit dem Kauf von Carbones del Caribe, habe sich Glencore verpflichtet, die bestehenden sozialen Projekte weiter zu führen. Da Glencore heute mehr Kohle zu höheren Preisen fördere, wäre zu erwarten gewesen, dass sie das Budget für soziale Investitionen erhöhe. Das hat Glencore gemäss Alfonso jedoch nicht getan, sondern sogar bestehende Projekte gestoppt. Erst ganz allmählich, wegen der breiten Kritik, habe Glencore begonnen, wieder kleine Projekte durchzuführen.

Alfonso ist der Meinung, dass der Bergbau so der regionalen Entwicklung nichts bringe.

Die Minengesellschaften würden kaum mit den lokalen Verwaltungen zusammenarbeiten, um gemeinsam Projekte durchzuführen und Probleme zu lösen. Zudem würde die Umwelt enorm leiden, und Glencore setze die Anordnungen des Umweltministeriums nicht um. Der Bürgermeister bemüht sich, Leuten aus dem Dorf zu einer Anstellung in einer der Minen zu verhelfen, bisher mit mässigem Erfolg. Er wisse, dass Glencore z.B. 20 Leute brauche, dann unterstütze er Leute aus dem Dorf mit den Lebensläufen. Er kenne die Leute und wisse, dass sie ausgebildet seien. Trotzdem werden dann z.B. nur vier Personen aus dem Dorf eingestellt, der Rest von ausserhalb. Diese Praxis der Minenunternehmen führt in der lokalen Bevölkerung zu viel bösem Blut gegenüber den Firmen. Alfonso fühlt sich von Glencore hinters Licht geführt. Deshalb will er auch die Steuern und Abgaben, die Glencore bezahlt, einer eingehenden Prüfung unterziehen. Er hegt den Verdacht, dass Glencore durch die vielen scheinselfständigen Tochterfirmen jeweils nur 5% Royalties bezahlt, obwohl Glencore als ganzes von der Grösse her 10% entrichten müsste. Tief beeindruckt verlassen wir nach Einbruch der Dunkelheit mit rauchenden Köpfen das Büro des Bürgermeisters.

Am nächsten Tag stehen Treffen mit Vertretern sozialer Organisationen und Gemeinderatsmitgliedern auf dem Programm. Wir vermögen der Vielzahl engagierter Voten kaum zu folgen, so gross scheint das Bedürfnis der Bevölkerung zu sein, ihre Alltagssorgen und ihren Frust über die Multis loszuwerden. Die Wut und die Enttäuschung sind echt und mit jedem Wort spürbar. Viele Kleinbauern berichten von der brutalen Gewalt der vergangenen Jahre, von der Vertreibung die sie erlitten hatten. Einige Familien leben nach Jahren immer noch in Provisorien unter Plastikplanen. Da sich die Lage in letzter Zeit etwas beruhigt hat, möchten viele Bauernfamilien auf ihr Land in den Hügelzügen hinter La Jagua zurück kehren, erhalten aber nirgends Unterstützung. Viele hegen die Erwartung, dass Glencore Rückkehrprogramme finanzieren sollte, da das Unternehmen von der Gewalt der vergangenen Jahre profitiert habe. Die Bewohner beklagen sich über mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten in den Minen, die beklagenswert schlechte Infrastruktur des

Dorfes, über verschiedene Umweltauswirkungen. Der Staub würde täglich alle Möbel in den Häusern bedecken, viele Bewohner leiden unter Atemwegserkrankungen. Die Bauern beklagen sich darüber, dass die Weiden kontaminiert würden und das Vieh erkrankte. Zudem würde das Wasser verschmutzt und Wasserläufe umgeleitet, was die Bewässerung und den Fischfang erschweren. Die Minen würden den ganzen Reichtum wegführen, zurück bleiben Verschmutzung, Armut und riesige Löcher in der Landschaft. Ein Bewohner meinte: Von einer Schweizer Firma hätte ich mehr erwartet.



Am Nachmittag desselben Tages besuchten wir einige Projekte, die Glencore unterstützt. Irgendwie entstand der Eindruck, dass die Projekte nicht vollständig umgesetzt wurden oder die Hilfe immer etwas zu früh stoppt. So besuchten wir eine Kooperative, die auf handwerkliche Art Ziegelsteine brannte. Es fehlten ihr aber einige technische Errungenschaften, um die Qualität zu verbessern, und v.a. Unterstützung für das Marketing. So schafften sie es kaum, gegen grössere Brennereien wirtschaftlich rentabel zu bestehen. Dann besuchten wir die Vereinigung der Kohlen-Kunsthändler. Diese schnitzen aus einer besonders feinen Kohle Schmuckstücke und allerlei Dekorationsgegenstände. Die einzige Hilfe, die sie von Glencore erhalten, ist die Lieferung von 70 Tonnen Kohle pro Jahr für die Bildhauerei. Vor wenigen Monaten mussten sie ihre bisherige Werkstatt aufgeben. Provisorisch zogen sie zum

Präsidenten der Vereinigung nach Hause, wo die Platzverhältnisse aber äusserst eng sind und dessen Familie teilweise ausquartiert werden musste.

Trotzdem stehen die meisten Maschinen draussen unter Bäumen, wenn es regnet können sie nicht arbeiten. Zudem wurden ihnen einige Maschinen gestohlen, da sie keinen Raum haben, um diese einzuschliessen. Nun hat die Vereinigung ein Terrain erhalten, auf dem sie Werkstattträumlichkeiten bauen könnten. Es fehlt ihnen aber am notwendigen Baumaterial, etwas Ziegelsteine, Balken und Zinkblech für das Dach, eine vierstellige Dollarsumme. Nach Aussagen des Präsidenten der Vereinigung haben sie Glencore ein Unterstützungsgesuch gestellt, während Wochen aber keine Antwort erhalten. Wir versprochen, das Anliegen Glencore persönlich vorzutragen.

#### **Die anderen sind noch schlechter als wir....**

Am 3. Mai 2008 kam es dann zum mit Spannung erwarteten Treffen mit dem lokalen Glencore - Management, in Erfüllung der Einladung, die uns in der Schweiz gemacht wurde. Schon im Vorfeld gab es jedoch erste Differenzen: die Einladung war an Vertreter des ASK zusammen mit lokalen Gewerkschaftsvertretern gerichtet. Wir verstanden darunter Vertreter der Gewerkschaft Sintramienergetica aus La Jagua, zum Beispiel der Präsident der lokalen Sektion, Leute die vor Ort arbeiten und die Situation gut kennen. Glencore beharrte darauf, dass sie damit Vertreter der übergeordneten Föderation Funtraenergetica aus Bogotá meinten, die zwar auch die Situation kennen, nie aber im selben Detailgrad wie lokale Arbeiter. Um die gemeinsame Besichtigung nicht platzen zu lassen, willigten wir schlussendlich ein, dass uns ein Vertreter von Funtraenergetica und der nationale Präsident der Gewerkschaft Sintramienergetica, der nicht in der Gegend arbeitet, begleiten.

Die Stimmung auf der gemeinsamen Besichtigungstour war komisch. Wir wurden von zwei Südafrikanern, einem Amerikaner und zwei Kolumbianern begleitet. Die englischsprachigen Manager gaben sich betont kumpelhaft, was aber anbiedernd, ja fast nötigend wirkte. Zum ungenuten Gefühl trug auch bei, dass wir von etwa acht oder zehn schwerbewaffneten Polizisten

begleitet wurden. Die Besuche erschienen uns extrem gut vorbereitet, ja bis ins Detail inszeniert. Die Leute wussten genau, was sie zu sagen hatten. Ich hatte den Eindruck, dass die Sozialarbeiterin unserem Bus voraus fuhr, um die Leute ein letztes Mal kurz zu instruieren. Als wir dann auf der Busfahrt die Vertreter Glencores mit verschiedenen Aussagen aus der Bevölkerung konfrontierten, reagierten sie äusserst gereizt. Sie waren aggressiv und defensiv gleichzeitig, die Hauptverteidigungsstrategie war, die anderen schlechter zu machen. Vor allem gegenüber Drummond waren sie auf Abgrenzung bedacht. Zudem ereiferten sie sich, dass niemand wahr nehme, was sie alles täten, die verschiedenen sozialen Werke, die Bäume die sie pflanzen etc. Bei den lokalen, kolumbianischen Firmen würde niemand schauen, aber egal was sie machen würden, stünden sie in der Kritik.



Nach der Rundtour zu den Sozialprojekten konnten wir noch kurz die Mine Calenturitas besichtigen, ein eindrückliches Erlebnis. Dann ging es zum Hauptquartier von Glencore, wo uns eine Powerpoint Präsentation vorgeführt wurde, leider wie meistens viel zu schnell. Da das Management das Flugzeug auf dem mineneigenen Flughafen nehmen musste, um rechtzeitig nach Bogotá zurück kehren zu können, war zuwenig Zeit, um weitere Fragen vertieft erörtern zu können. Zurück blieb bei uns der Eindruck eines Unternehmens, das in eine hochkomplexe Gegend kommt, und dem die Sensibilität, auf die Leute und ihre Wünsche und Nöte einzugehen, praktisch vollständig fehlt. Es ist

eine Unternehmensstrategie, die darauf ausgerichtet ist, in möglichst kurzer Zeit möglichst grosse Profite einzufahren. Auch wenn Glencore klar nicht für alles verantwortlich gemacht werden kann, was in der Gegend schief läuft, und wenn in der Bevölkerung übertriebene Erwartungen vorherrschen, könnte Glencore doch einiges mehr tun, um zu einer ausgewogenen und sozialeren Entwicklung beizutragen.

In Santa Marta besuchten wir ebenfalls die lokale Gewerkschaftssektion und verschiedene vom Kohlegeschäft betroffene Gemeinschaften. Im Gegensatz zum Hafen von Cerrejón werden in den Häfen von Drummond und Glencore die Tanker nicht direkt über Fließbänder beladen, sondern mit kleinen Barkassen, so dass Kohle beim Umladen ins Meer fällt. Da sich die Häfen in unmittelbarer Nähe der beliebten Hotelanlagen befinden, leidet der Tourismus stark unter der Verschmutzung. Lokale Fischergemeinschaften beklagen einen starken Rückgang der Fangträge. Niemand unterstützt sie jedoch bei der Entwicklung anderer Einkommensquellen oder entschädigt sie für Verluste. Ein Grossteil der Kohle wird noch mit Sattelschlepper zu den Häfen transportiert, was ebenfalls zur Umweltverschmutzung und Lärmemissionen beiträgt. Eine Eisenbahnlinie sollte die Lastwagen bald ersetzen. Niemand hat aber bisher überlegt, was mit den Tausenden von Personen geschehen soll, die als Chauffeurs, in Werkstätten und Restaurants ihren Job verlieren, wenn die Eisenbahn zu operieren beginnt. Ein weiterer Eindruck der Reise bestätigt sich hier: der Staat ist weder willens noch fähig, vorausschauend und planend die verschiedenen wirtschaftlichen Aktivitäten und Bedürfnisse der Bevölkerung in Übereinstimmung zu bringen. Zu viele Ministerien und Ämter sind zudem mit der Regulierung der Bergbauaktivitäten beschäftigt (Umweltschutz bei Umweltministerium, Umsiedlungen bei Innen- und Landwirtschaftsministerium, Abbaupläne und Betrieb der Minen beim Bergbauministerium), niemand hat aber die Gesamtübersicht.